

Rationalisierung statt Rationierung – Regierungsrat  
Heiniger und das Sparen bei der Gesundheit SEITE 21

Nun ist es endlich definitiv:  
Zürich erhält 70 Flexity-Trams von Bombardier SEITE 22

# Sozialinspektoren auf Stand-by

Zürcher Sozialdepartement stoppt Observationen

Potenzielle Betrüger werden vorläufig nicht mehr heimlich überwacht – bis eine neue Rechtsgrundlage dafür geschaffen ist. Der Kanton hat die Lage vor kurzem allerdings ganz anders eingeschätzt.

ADI KÄLIN

Die Zürcher Sozialinspektoren spielen seit zehn Jahren eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung des Missbrauchs in der Sozialhilfe. Rund hundert Fälle pro Jahr klären sie ab, in drei Vierteln dieser Fälle bestätigt sich der Verdacht auf Missbrauch. Bei neunzig Prozent aller Untersuchungen werden Verdächtige auch heimlich beobachtet. Die Observationen sind also ein zentrales und wirksames Mittel für die Arbeit der Zürcher Sozialinspektoren. Gleichwohl stoppt das Sozialdepartement diese Observationen nun, weil die Rechtsgrundlage dafür ungenügend ist. Dies bestätigt Stadtrat Raphael Golta, der Vorsteher des Sozialdepartements, auf Anfrage.

## Ein Urteil mit Folgen

Hinter dem Entscheid steht ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte vom letzten Oktober, wonach die Schweiz keine ausreichende Gesetzesgrundlage für die heimliche Überwachung von Versicherten habe. Es ging um eine Frau, die von einer Unfallversicherung mithilfe von Detektiven überwacht wurde, weil sie ihre schwere Verletzung anzweifelte. Die



In neunzig Prozent aller Fälle beobachten Sozialinspektoren Verdächtige auch heimlich.

MICHELE LIMINA / KEYSTONE

setzesgrundlage für Observationen geschaffen werden. Unter anderem soll festgelegt werden, wo und wie lange Überwachungen stattfinden dürfen.

Ob das Urteil des Gerichtshofes für Menschenrechte nicht nur für Versicherungen, sondern auch für die Sozialhilfe gilt, darüber wird seit letztem Herbst unter Juristen eifrig diskutiert. Die Kantonsregierung kam Ende letzten Jahres zum Schluss, dass die bestehende Rechtsgrundlage im kantonalen Sozialhilfegesetz durchaus genüge. «Der Regierungsrat sieht für den Kanton Zürich keinen Handlungsbedarf», hiess es in der Antwort auf eine dringliche Anfrage im Kantonsrat. Das Sozialdepartement ist nun allerdings – nach Rücksprache mit den Strafverfolgungsbehörden und dem städtischen Datenschutzbeauftragten – zur gegenteiligen Auffassung gelangt. In einem Schreiben an die Mitglieder der Sozialbehörde und die Partnergemeinden, in denen die Zürcher Sozialinspektoren tätig sind, teilt Raphael Golta mit, dass «vorderhand auf das Mittel der

Observation verzichtet werden» müsse, bis die ausreichende gesetzliche Grundlage geschaffen sei. Man strebe nun eine solche auf kommunaler Ebene an, obwohl eine kantonale Regelung natürlich besser wäre. Damit wäre die Rechtsgrundlage auf jeden Fall sicherer, sagt Golta auf Nachfrage. Zudem müsste nicht jede Gemeinde das Problem selber lösen.

## Seltsame Haltung des Kantons

Für Marcel Studer, den städtischen Datenschutzbeauftragten, ist seit dem Urteil aus Strassburg klar, dass es die neue Rechtsgrundlage braucht. Inhaltlich sei das genau gleich wie auf Bundesebene; auch für den Einsatz der Zürcher Sozialinspektoren müsse detailliert festgelegt werden, wann und unter welchen Umständen Observationen möglich seien. Es sei für ihn nicht nachvollziehbar, wie der Kanton zu einer anderen Auffassung kommen könne, sagt er auf Anfrage. Letztlich geht es immer auch dar-

um, dass die Gerichte Ergebnisse von Observationen als Beweismittel akzeptieren oder nicht.

Im Brief an die Sozialbehörde schreibt Raphael Golta, der Verlust der Observation sei «zwar für uns alle ärgerlich», das Inspektorat könne und werde aber weiter funktionieren. Das Sozialdepartement prüft im Moment, wie man die heimlichen Überwachungen durch offene Ermittlungsmethoden ersetzen kann, bis die neue Rechtsgrundlage geschaffen ist. Auch die früher heftig umstrittenen Hausbesuche sind in diesem Zusammenhang wieder im Gespräch. Nicht bestritten sind andere Methoden der Sozialinspektoren wie Abklärungen bei Behörden, Nachforschungen im Ausland oder Online-Recherchen. Bei den meisten Fällen des Inspektorats geht es darum, nicht deklarierte Einkommen oder Nebeneinkünfte nachweisen zu können, oder um falsche Angaben zur Haushaltgrösse, etwa um nicht bekanntgegebene Untermieter oder den Partner im gleichen Haushalt.

## Klare Regeln für Sozialinspektoren

Kommentar auf Seite 11

Frau obsiegte schliesslich, eben weil die Rechtsgrundlage für einen derart schweren Eingriff in ihr Privatleben fehle. Seit das Aufsehen erregende Urteil bekannt ist, laufen auf allen Ebenen Bestrebungen, die Gesetze entsprechend anzupassen. Vor kurzem hat der Bundesrat die Vernehmlassung zur Revision des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) eröffnet. Darin soll nun die geforderte klare und detaillierte Ge-

# Linke protestieren gegen bürgerlichen Deal

SVP, FDP und CVP kippen in der Finanzkommission grosse Brocken aus dem Sanierungspaket der Regierung

asü. · Verkehrte Welt: Die Bürgerlichen zerzausen das Sanierungspaket des Regierungsrats, die Linke schreit auf. Begründet ist der scheinbare Widerspruch darin, dass die Leistungsüberprüfung 2016 kein eigentliches Sparpaket ist, sondern auch auf Mehreinnahmen setzt. Zwei Massnahmen, die Geld in die Kasse spülen sollen, dürften im Kantonsrat aber nicht durchkommen, wie aus Mitteilungen der Finanzkommission (Fiko) zu schliessen ist. Zum einen sollen Pendlere steuerlich maximal 5000 Franken jährlich abziehen können; der Regierungsrat schlug eine Grenze von 3000 Franken vor. Zum anderen soll die auf fünf Jahre befristete «Lex Hirslanden», die Spitäler zu Abgaben auf Zusatzversicherte Patienten verpflichtet, an den Regierungsrat zurückgewiesen werden. SVP, FDP und CVP setzten sich in der Fiko mit 6 zu 4 Stimmen durch.

Mit dem Entscheid widersetzt sich die Fiko den Empfehlungen der Wirtschaft- und der Gesundheitskommission, die den Vorschlag der Regierung Ende letzten Jahres gestützt haben. SP-Kantonsrat Stefan Feldmann twitterte denn auch prompt: «Es fragt sich, warum Sachkommissionen Vorlagen überhaupt noch beraten, wenn sich die Fiko am Ende einen Deut um die Empfehlung schert.» Was er übersieht: SVP, FDP und CVP setzten lange eigene Prioritäten – und einigten sich erst im Februar auf den Kompromiss, der nun in der Fiko Bestand hatte.

Dieser Deal glückte indes erst, nachdem die CVP aus der Allianz ausgeschert war und mitgeholfen hatte, dass bei Krankenkassen-Prämienverbilligungen für Studenten mit zahlungsfähigen Eltern nicht gespart wurde – mit der Folge, dass die Gesamtrechnung nicht

mehr aufgeht. Um rund 1,5 Milliarden muss der Kanton den Finanzhaushalt bis 2019 verbessern, damit der mittelfristige Ausgleich wieder erreicht wird. Luft für Anpassungen am Paket der Regierung haben die Bürgerlichen geschaffen, indem sie beim Verkehrsfonds und bei der Lohnentwicklung des Staatspersonals kürzten – insgesamt kommen so 135 Millionen Franken zusammen. Fallen die Massnahmen bezüglich Prämienverbilligungen und «Lex Hirslanden» weg und wird der Pendlerabzug erhöht, fallen aber Saldoverbesserungen von 180 Millionen Franken weg. Dazu kommt, dass sich die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich gegen die geplante Gewinnausschüttung vor Gericht wehren und dass Anpassungen im kantonalen Finanzausgleich auch auf der Abschlusliste stehen, was insgesamt zusätzliche 140 Millionen Franken kosten könnte.

Die Reaktionen auf den Entscheid der Fiko fallen gehäufte – Grüne, SP und die Gewerkschaft VPOD protestierten umgehend. Die Grünen sprechen von «bürgerlicher Klientelwirtschaft», der VPOD moniert, die Bürgerlichen sparten beim Personal, um die Luxusabgabe für Spitäler streichen zu können. Die SP hält der FDP vor, bezüglich der Klinik Hirslanden lieber deren südafrikanische Aktionäre zu schützen, als sich um die eigene Bevölkerung zu kümmern. Für FDP-Fraktions-Chef Thomas Vogel ist dieser Vorwurf lächerlich. Mit aggressivem Stil wolle die SP offenkundig von eigenen Problemen ablenken. Statt um Südafrika gehe es der FDP darum, dass keine neue Sondersteuer geschaffen werde. Die Tatsache, dass jemand Geld verdiene, fänden die Freisinnigen nicht verwerflich.

Weiterer Artikel auf Seite 21

# Zürich ist jung und multikulti

Bevölkerungsstatistik 2016

dfr. · Zürich war nicht immer hip. Nicht immer urban, chic und sexy, so wie heute. In den 1970er und 1980er Jahren war die Stadt für viele ein Unort. Laut und schmutzig. Die, die es sich leisten konnten, zogen weg. Bis 1989 schrumpfte die Stadtbevölkerung auf 356 000 Einwohner – von einst über 440 000 im Jahr 1962. Seither geht es aber wieder bergauf, und zwar rasant. Auch im letzten Jahr ist Zürich wieder gewachsen – um 5000 Personen auf knapp 416 000 Einwohner. Vor allem seit der Jahrtausendwende verzeichnet das Statistische Amt einen starken Anstieg, wie es in einer Mitteilung schreibt. Eine Altersgruppe sticht dabei heraus: jene der 30- bis 39-Jährigen. Diese Gruppe ist seit 2000 um 22 Prozent gewachsen.

Ebenfalls stark zugenommen hat die Zahl der Jüngsten in der Stadt: Heute lebt ein Drittel mehr 0- bis 9-Jährige in Zürich. Die Gründe für diese Entwicklung haben die Statistiker gegenwärtig nicht untersucht. Aus einer Analyse vom vergangenen Jahr geht aber hervor, dass der «Kinderboom» vor allem zwei Gründe hat: Einerseits haben die Geburten stark zugenommen (+45 Prozent seit 2000), andererseits bleiben – im Gegensatz zu früher – viele Familien mit Kindern in der Stadt. «Eine durch die Geburten ausgelöste Stadtfucht ist nicht zu beobachten», schrieben die Spezialisten des Statistischen Amtes. Das habe auch mit dem vermehrten Bau von Familienwohnungen in Neubausiedlungen zu tun. Bei den älteren Stadtbewohnern zeigt sich ein uneinheitliches Bild: 70- bis 80-Jährige gibt es seit der Jahrtausendwende deutlich weniger. Über 100-Jährige dafür mehr als doppelt so viele – Ende 2016 waren es 98 Personen.

Zürich ist nicht nur jünger, sondern auch internationaler geworden. Von fast jedem Land der Welt wohnt jemand in der Stadt: Gegenwärtig sind es Leute aus 173 verschiedenen Staaten. Im Jahr 2000 waren es 15 Nationalitäten weniger. Der Ausländeranteil liegt heute bei 32,1 Prozent. Die meisten Zürcher ohne Schweizer Pass stammen aus Deutschland (33 500). Dahinter folgen Einwohner aus Italien (14 500), Portugal (8300), Spanien (6200) und Österreich (4800). Überdurchschnittlich zugenommen hat die Zahl der Franzosen (+5,9 Prozent) und der Griechen (+6,2 Prozent). Eingebürgert wurden 2016 insgesamt 2750 Personen. Das sind deutlich weniger als noch im Vorjahr (3700). Die Statistiker halten aber fest, dass daraus kein Trend abzulesen sei. Die Entwicklung der Einbürgerungszahlen variere stark.

# Nothilfe-Regime etwas gelockert

Weniger Kontrollen in zwei Zentren

vö. · Nach harscher Kritik am Umgang mit abgewiesenen Asylbewerbern hat der Kanton Zürich am Mittwoch in zwei von sechs Nothilfeunterkünften die Anwesenheitskontrollen gelockert. Der Sozialamtschef Ruedi Hofstetter bestätigte am Donnerstag einen Bericht der «Lim-mattaler Zeitung». Da in den Unterkünften in Adliswil und Hintereggen hauptsächlich alleinstehende Frauen mit Kindern lebten, sei es unnötig, deren Präsenz zweimal täglich zu überprüfen. Eine morgendliche Kontrolle sei aber unabdingbar, sagte Hofstetter gegenüber der NZZ. In den restlichen vier Zürcher Nothilfeunterkünften erachtet Hofstetter morgendliche und abendliche Kontrollen weiterhin als zwingend. Sie würden sicherstellen, dass nur jene die in der Verfassung garantierte Nothilfe erhielten, die sie auch tatsächlich benötigten.